Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Vierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 32. **Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 20. Januar** **1906.**

Politische Wochenschau.

Der Reichstag stand in der ganzen Woche unter dem Zeichen des schwachen Besuches. Es herrscht Obstruktionslust, zumal die Regierung es nicht für nötig fand, bei der Debatte über den Diätenantrag Rede und Antwort zu stehen. Der Reichstag nahm den Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden und den Vertrag mit der Schweiz wegen Neuregelung der Zollabfertigung in Basel in zweiter Lesung an und verwies die Stengelsche Reichsfinanzreform, sowie die Steuergesetzentwürfe an die Budget- bezw. Steuerkommission. An diese ging ferner der Gesetzentwurf über den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte, sowie der über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen. Außerdem wurde der Gesetzentwurf betr. den Reichsinvalidenfonds und die beiden neuen Nachtragsetats für das ostafrikanische Schutzgebiet an die genannte Kommission übermittelt. Einen Tag widmete der Reichstag der Interpellation Roeren über den Duellzwang in der Armee. Eine sensationelle Erklärung des Reichskanzlers zu diesem Thema stellte fest, daß das Offizierkorps keinen Offizier in seinen Reihen dulden könne, der gegebenenfalls ein Duell nicht auf sich nehmen werde. Diese Erklärung, die mit der Pflicht der Regierung, auf die genaue Durchführung der Gesetze zu dringen, schlechterdings nicht in Einklang zu bringen ist, mußte auf die Volksvertretung geradezu verblüffend wirken. Besonders gereizt aber zeigte sich das Zentrum, dessen Führer diese reichskanzlerische Erklärung als einen Schlag in das Gesicht des deutschen Reichstags bezeichnete. Die Situation der Regierung hat sich infolge der vollkommenen Nichtachtung der Wünsche der Volksvertretung in der Duellfrage, noch mehr aber infolge der totalen Nichtachtung des Reichstags in Sachen der Diätenbewilligung nicht gerade sehr glücklich gestaltet. Der Reichstag nahm zur Diätenfrage sowohl einen Antrag Bassermann, der Anwesenheitsgelder und freie Eisenbahnfahrt für die Mitglieder des Reichstags fordert, wie auch einen Gesetzentwurf Graf Hompesch an, der eine Aenderung des Artikels 32 der Reichsverfassung zwecks Bewilligung von Diäten erheischt, an. Seitens der Rechten wurden diese Anträge unterstützt, doch glaubte sie, eine Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags zur Bedingung stellen zu sollen. Sie ließ indes im einzelnen unklar, was darunter zu verstehen sei. Weiter beschäftigte sich der Reichstag mit der Forderung einer Garantie für die Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß die deutsche Herrschaft in Kamerun keineswegs vor Erschütterungen bewahrt ist. In der leidigen Puttkamer-Affäre gab der stellvertretende Kolonialdirektor die Erklärung ab, daß er die Akwa-Häuptlinge vorläufig nicht frei geben könne, weil sonst Aufstände zu erwarten seien. Diese Erklärung wirft ein eigenartiges Licht auf die Art der Rechtsgewährung in den Kolonien. Entweder die Häuptlinge sind schuldig, und dann sind sie mit Recht zu bestrafen. Oder sie sind unschuldig; dann aber sind sie frei zu lassen und eventuell zu entschädigen. Ein drittes kann es vom Rechtsstandpunkte aus nicht geben. Es wird aber auch in diesem Falle wieder zu viel „verwaltet" und zu wenig nach dem Rechte gefragt, sonst könnte eine solche Auffassung wie die ausgesprochene überhaupt nicht Wurzel fassen. Weiterhin ergab die Diskussion, daß die von dem Abg. Erzberger vorgebrachte Kritik durchaus nicht so hinfällig ist, wie von gewisser Seite darzustellen versucht wird.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde die erste Beratung des Haushaltsetats zu Ende geführt. Der neue Justizminister, Dr. Beseler, erklärte, daß die Strafgesetze zum Schutze gegen etwaige Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie vollkommen genügten. Der freisinnige Führer Brömel brachte die Frage der Reform des Landtagswahlrechtes zur Diskussion, und hatte darauf eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Freiherrn v. Zedlitz, der die Diskussion über dieses Thema dadurch zu vereiteln strebte, daß er den Streit auf das persönliche Gebiet übertrug. Der preußische Lotterievertrag mit den hessisch-thüringischen Staaten wurde angenommen, der Gesetzentwurf über die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten an die Budgetkommission überwiesen und die Denkschrift über die Ausführung des Anerbengesetzes in Westfalen durch Kenntnisnahme erledigt.

Die Schulgesetzkommission ist trotz aller Proteste aus dem Lande eifrig bestrebt, den Studtschen Entwurf unter Dach und Fach zu bringen. Einem eindrucksvollen Protest gegen den verunglückten Entwurf gab der preußische Städtetag Ausdruck, der in Berlin zusammentrat und sämtliche vom Standpunkt der städtischen Selbstverwaltung gegen die Vorlage zu erhebenden Bedenken zur Sprache brachte. Es sieht so aus, als ob die Abgeordneten der Mehrheit auch diesen Protest einfach unter den Tisch fallen lassen wollen. Wenn sich der Widerstand gegen die Vorlage nicht stärker regt, wenn er nicht weitere Kreise umfaßt, wenn nicht auch diejenigen Männer auf die Schanzen treten, die bereits einmal bei der Abwehr gegen einen verhängnisvollen Angriff auf die nationale Entwicklung der Schule in erster Reihe standen, so fürchten wir, daß die Vorlage diesmal eine verhängnisvolle Verwirklichung erleben wird. Aber es scheint tatsächlich, als habe das allgemeine Empfinden in manchen Bevölkerungsschichten seit 10 Jahren seinen Schwerpunkt erheblich mehr nach rechts verlegt.

Die Wahlrechtsbewegung hat in den letzten Tagen eine bedenkliche Fülle nervöser Symptome an das Licht gebracht, die in viel stärkerem Grade ein Anlaß der Beunruhigung sind als es die Bewegung selber ist. Es ist wahrlich weit gekommen, wenn ein Blatt wie die „Tägl. Rundschau" es für nötig hält, an der Spitze der Scharfmacherorgane zu marschieren und selbst der „Post" in einseitiger Stellungnahme zur Wahlrechtsbewegung den Rang abzulaufen. Das Blatt hat u. a. die gruselige Geschichte von dem sozialdemokratischen Demonstrationszug vor das Berliner Schloß auf den Markt der öffentlichen Meinung geworfen. Es stellte sich dann heraus, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist. Wie viel ist nicht von sogenannten unabhängig-nationalen bezw. unparteiischen Blättern in den letzten Tagen gesündigt worden, um die öffentliche Meinung zu erregen, um eine gefährliche Stimmung zu erzeugen. Die Blätter der Rechten sind schuld an der allgemeinen Nervosität; sie haben stellenweise ein geradezu kindisches Gebahren an den Tag gelegt, indem sie es so darstellten, als ob das Vaterland oder die gesetzliche Ordnung irgend wie bedroht erscheine, wenn sich die Angehörigen einer einzelnen Partei offen über eine allgemein interessierende Frage aussprechen. Man soll es mit Freuden begrüßen, wenn in Deutschland eine Diskussion in freier Oeffentlichkeit vor sich gehen kann, anstatt gezwungen zu sein, zu geheimen und unheilbringenden Konventikeln ihre Zuflucht zu nehmen. Möge uns diese gesunde Oeffentlichkeit der Diskussion erhalten bleiben. Angesichts der herrschenden Erregung hat die sozialdemokratische Partei von der Vornahme von Demonstrationsumzügen am Sonntag abgesehen. Sie hat damit einen recht vernünftigen Schritt getan. Nachdem ihre Flugblattverteilung am vorigen Sonntag bereits so außerordentliche polizeiliche Maßnahmen gezeitigt hat, konnte sie gewiß sein, daß die Reaktion den Versuch machen würde, aus einer Bewegung zur Erweiterung von Volksrechten umgekehrt eine Bewegung zur Einschränkung der bestehenden Rechte zu machen. Freilich ist es der Sozialdemokratie zum Vorwurf zu machen, daß sie sich überhaupt in eine Propagierung der Straßendemonstrationsidee eingelassen hat. Die Hamburger Wahlrechtskrawalle ebenso wie die sächsischen Ausschreitungen mit ihrem Rattenschwanze von schweren Bestrafungen dienen nicht gerade als Empfehlung für dieses Agitationsmittel. Aber eins lehren alle diese Vorgänge, und dieses ceterum censeo ist nicht scharf genug zu betonen: daß unser preußisches Wahlrecht nicht mehr zeitgemäß ist und dringend der Ersetzung durch ein moderneres Wahlrecht bedarf. Schon Fürst Bismarck bezeichnete es als das „elendeste aller Wahlsysteme". Neuerdings aber hat Prinz Ludwig von Bayern in einer bemerkenswerten Rede sich gegen das Klassenwahlrecht ausgesprochen. Dies Urteil aus fürstlichem Munde wird die Reaktion wohl nicht anzutasten wagen.

Eine Reihe bedeutsamer Ereignisse sei nur kurz gestreift. Es starb in dieser Woche der treue Mitarbeiter des Reichskanzlers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Richthofen. Ueber seine Nachfolgerschaft sind bereits Kombinationen angestellt. Einige Blätter reden von dem Fürsten Lichnowski, von dem Grafen Pourtales und dem Erbprinzen von Hohenlohe. Es handelt sich dabei um Vermutungen, die voraussichtlich der Begründung entbehren. Das Gerücht von dem Rücktritt des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts, v. Lucanus, tauchte wieder einmal auf. Polizeipräsident v. Windheim wurde als mutmaßlicher Nachfolger genannt. Die Meldung wurde alsbald wieder dementiert. Im Königreich Sachsen wurde offiziell der bevorstehende Rücktritt des Staatsministers v. Metzsch angekündigt, dessen Nachfolger Graf Hohenthal, der sächsische Gesandte in Berlin, sein wird. Er bezeichnete als seine Hauptaufgabe die Durchführung der Wahlreform. Sachsen will sich also dem reformierenden Vorgehen der süddeutschen Staaten, das mit gleichartigen Wahlrechtsbestrebungen des Ministeriums Gautsch in Oesterreich parallel geht, anschließen, so daß schließlich Preußen allein mit seinem Klassenparlament in Deutschland übrig bleibt. Auch der sächsische Kultusminister v. Seydewitz, der erkrankt ist, wird zurücktreten. Als sein Nachfolger wurde der Kreishauptmann v. Schlieben bezeichnet. Ein äußerst bemerkenswerter Vorgang ist die in Baden und im Königreich Sachsen abgegebene Erklärung gegen die Einführung von Schifffahrtsabgaben. Da Preußen sich bereits in der Kanalvorlage auf die Einführung von Schiffahrtsabgaben festgelegt hat, so ist es möglich, daß im Laufe einiger Jahre sich eine erhebliche Kalamität aus diesem Dilemma ergeben wird, zumal auch Bayern sowohl in der Frage der Schiffahrtsabgaben wie derjenigen der Betriebsmittelgemeinschaft den preußischen Tendenzen nachdrücklichen Widerstand entgegensetzt. Wir machen beizeiten auf diese gefährlichen Klippen der innerdeutschen Entwicklung, die sich aus einer verschiedenartigen Gestaltung des Wahlrechts und der Tarifpolitik in Nord- und Süddeutschland herleiten können, aufmerksam.

In Bayern gelangte der Militäretat zur Diskussion, wobei eine starke Animosität in den Kreisen der Zweiten Kammer gegen Preußen hervortrat. Daß die Fürsten nicht von solchen partikularistischen Empfindungen beseelt sind, gab der Besuch des Prinzen Ludwig von Bayern in Dresden zu erkennen, der dem König von Sachsen, welcher demnächst bei dem Geburtstag des Kaisers persönlich seine Glückwünsche in Berlin abstatten wird, Gelegenheit gab, abermals die Festigkeit des Zusammenhaltens der deutschen Bundesfürsten zu betonen. In Berlin fand in der üblichen Weise das Fest des Schwarzen Adler-Ordens statt, wobei sich zeigte, daß die leichte Erkrankung des Kaisers, die in den letzten Tagen gemeldet wurde, glücklich wieder behoben ist.

Ein allgemeiner deutscher Krankenkassentag, sowie die Generalversammlung der deutschen Gewerkvereine nahmen in Berlin Protestkundgebungen gegen die neue Hilfskassengesetzesvorlage an, von der eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der freien Hilfskassen befürchtet wird. Der deutsche Handwerkskammertag beschäftigte sich in Berlin mit der Kritik des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen und lehnte die Vorlage betr. den Befähigungsnachweis im Baugewerbe als ungenügend ab. Er protestierte ferner gegen die neuen Steuervorlagen, gegen welche auch u. a. eine Delegiertenversammlung der deutschen Vereine für Handel, Gewerbe und Industrie lebhaft Verwahrung einlegte. Die deutsche Heimarbeitsausstellung, deren Eröffnung stattfand, gab ein trauriges Bild der Lohnverhältnisse auf diesem gesetzgeberisch noch nicht erfaßten Gebiete.

Die deutsch-englische Versöhnungsaktion machte weitere Fortschritte. Kundgebungen erfolgten seitens der rheinischen Bevölkerung in Köln, ferner seitens des Berliner Lyceumklubs und seitens der Magdeburger Handelskammer. Eine große Versöhnungsdemonstration wurde von der Berliner Handelskammer inszeniert. In England wird von den Universitäten Oxford und Cambridge eine Versöhnungskundgebung eingeleitet.

Die interessantesten Begebenheiten vollzogen sich auf dem Gebiete der ausländischen Politik. Der Zusammentritt der Marokkokonferenz ist endgültig erfolgt. Der spanische Bevollmächtigte, Herzog von Almodovar, übernahm auf den Antrag Deutschlands das Präsidium. Die Konferenz einigte sich, im Prinzip die Souveränität des Sultans, die Integrität Marokkos und die „offene Tür" anzuerkennen. Zunächst wurde die Frage des Waffenschmuggels behandelt. Spanien erhob Ansprüche auf Regelung der Grenzpolizei im marokkanisch-spanischen Grenzdistrikt. In Frankreich ergab die Präsidentenwahl die Wahl Fallières'. Damit ist die Fortentwicklung der Republik in dem Sinne des Loubetschen Regiments gesichert. Die Wahlkämpfe in England führten zum Zusammenbruch der konservativ-unionistischen Partei. Balfour und sieben Mitglieder seines Kabinetts wurden nicht einmal wiedergewählt. Chamberlain konnte sich gegen den liberalen Wahlansturm behaupten. Die Liberalen gewannen bereits jetzt die absolute Mehrheit, obwohl die Wahl noch nicht zu Ende ist. Als neue Partei tritt die Gewerkschaftspartei auf den Plan, vorläufig in der Stärke von 30 Abgeordneten. In Oesterreich-Ungarn setzte sich die Diskussion über die angebliche Goluchowski-Krisis fort. Fejervary verhandelt immer noch mit der ungarischen Koalition wegen Uebertragung der Regierung an die Parlamentsmehrheit. In Oesterreich hat Ministerpräsident Gautsch den Versuch einer Parlamentarisierung seines Kabinetts unternommen. Er sucht die einzelnen Nationalitäten durch Gewährung von Landsmannschaftsministern für die Existenz des Kabinettes zu interessieren. Spanien feierte die Hochzeit der Infantin Maria Teresa mit dem Infanten Ferdinand. Der französisch-venezolanische Konflikt hat zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Venezuela geführt. Die serbisch-bulgarische Zollunion ist auf Oesterreichs entschiedenes Verlangen von Serbien rückgängig gemacht worden. Ein deutsch-amerikanischer Zollkrieg wurde als bevorstehend bezeichnet. Doch wurde diese Mitteilung von dem amerikanischen Botschafter in Berlin alsbald widerrufen. Mit dem neuen japanischen Minister, Marquis Saionji, tauschte der deutsche Reichskanzler Begrüßungsdepeschen aus, die das Beste von den deutsch-japanischen Beziehungen der Zukunft erhoffen lassen.

Rußland bot nach wie vor ein Bild fürchterlicher Verwirrung. Auf die Verhaftung der verschiedenen oppositionellen Organisationskomitees, u. a. desjenigen in Warschau und in Livland — dort wurden die revolutionären Führer gleich erschossen — sowie der weiteren Verhaftung des Arbeiterdelegiertenrats in Petersburg folgten neue Attentate und Attentatsversuche. Das Fest der Wasserweihe wurde wegen Attentatsverdachts abgesagt. Der Provinzialgouverneur Chmestow in Tschernigow wurde schwer verletzt. Bei dem Fund einer Bombe, die gegen den Hofzug des Zaren gelegt war, erfolgte eine Explosion, durch die mehrere Personen getötet wurden. Inmitten der Wirren konstituierte sich der Kongreß der demokratischen Konstitutionellen, nachdem er von dem Minister Durnowo, den der Zar mit einer hohen Auszeichnung bedacht hat, die Gewähr erhalten, daß er ungestört seine Sitzungen abhalten könne. Viel Teilnahme scheint sich zu den Reichsdumawahlen nicht zu erkennen zu geben. Im Kaukasus und in Serbien sowie in zahlreichen Orten des europäischen Rußlands herrscht immer noch der Kriegszustand. Es beginnt nun bald das zweite Jahr der verworrenen Lage, aber die Aussichten auf Besserung bleiben immer noch so gering als möglich.

F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Geheimer Staatsrat Dr. Karl Kuhn, Ministerialdirektor in den Ministerialdepartements des Großherzoglichen Hauses, des Kultus und der Justiz, in Weimar, wird am 1. März d. J. in den Ruhestand treten.

— In Berlin starb gänzlich unerwartet an Herzschwäche der Direktor der Berliner Städtischen Wasserwerke, Geh. Baurat Beer. Er war 1894, nachdem er schon früher im Dienste der Stadtverwaltung tätig gewesen war, zum Direktor ernannt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060120015/fragment/page=0001

worden. Er hat seither die Berliner Wasserwerke völlig umgestaltet.

Die Wahlrechtsbewegung.

Die meisten bürgerlichen Blätter in Hamburg messen den Vorgängen am Mittwoch keinerlei politische Bedeutung bei. Die „Neue Hamburger Zeitung" drückt den Wunsch aus, daß die bürgerlichen Gegner der Wahlrechtsvorlage in der Bürgerschaft sich durch die Ausschreitungen des Janhagels von gestern nicht beeinflussen lassen dürfen, um ihre Stimme gegen die unheilvolle Vorlage abzugeben.

Auf dem Schauplatz der Unruhen in Hamburg hatten sich auch am Donnerstag abend große Menschenmassen angesammelt, doch war ihre Haltung keine aggressive. Die berittene Schutzmannschaft suchte neuester Verordnung gemäß die Massen zu verteilen, sie mußte wiederholt von der blanken Waffe Gebrauch machen. Nach dem „Fremdenblatt" fand am Donnerstag eine mehrstündige Konferenz zwischen dem Bürgermeister Stammann, Polizeidirektor Roscher und dem Kommandeur des 76. Infanterieregiments Oberst v. Raudohr statt.

Der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona beschloß infolge der Arbeitsniederlegung vieler Arbeiter am vergangenen Mittwoch, zukünftig die Arbeiter, die während der Arbeitszeit politische Versammlungen besuchen und deshalb feiern, je nach den Umständen 3 bis 10 Tage auszusperren.

Die Sozialdemokratie in Bremen erklärt gegenüber der der Forderung des Internationalen Bureaus, daß sie bei den anberaumten Versammlungen für das allgemeine Wahlrecht und die russischen Freiheitskämpfer auf die Straßendemonstrationen als zwecklos verzichtet.

Der Breslauer Polizeipräsident veröffentlicht in den Tageszeitungen eine Warnung vor Zuwiderhandlungen gegen die Paragraphen des Strafgesetzbuchs über Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die königliche Schutzmannschaft ist angewiesen, nötigenfalls mit unnachsichtiger Strenge einzuschreiten.

Das Landgericht in Elberfeld wies die Beschwerde der Sozialdemokraten gegen die Beschlagnahme des Flugblattes, in dem zu Einspruchsversammlungen gegen das Landtagswahlrecht eingeladen wurde, zurück.

Die „Köln. Ztg." erhält von zuständiger Seite die Mitteilung, daß die Nachricht der „Germania", wonach der Oberlandesgerichtspräsident in Hamm eine Konferenz der Staatsanwälte des Oberlandesgerichtsbezirks einberufen haben soll, völlig aus der Luft gegriffen ist. Eine Versammlung von Staatsanwälten, zu deren Einberufung übrigens der Oberlandesgerichtspräsident nicht zuständig gewesen sein würde, hat überhaupt in Hamm nicht stattgefunden.

*

In Frankfurt a. M. fand eine Versammlung des demokratischen Vereins gegen das Dreiklassenwahlrecht statt. Nach Vorträgen von Dr. Oeser und Dr. Barth nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die heutige aus verschiedenen Parteien und Bevölkerungskreisen stark besuchte öffentliche Versammlung des Frankfurter Demokratischen Vereins fordert mit rückhaltloser Entschiedenheit die alsbaldige Erteilung des preußischen Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sowie eine Wahlkreiseinteilung, die im Einklange mit der Verteilung der Bevölkerung steht. Sie appelliert an alle, die auf dem gleichen prinzipiellen Boden stehen, ihre Anstrengungen zur Erreichung dieses dringenden und notwendigen Ziels zu vereinigen.

*

Eine Versammlung deutschnationaler Handlungsgehilfen und Studenten in der „Andreasburg" in Berlin beschloß jeden Aufzug der Sozialdemokraten in Berlin durch antisozialdemokratische Kundgebungen mit patriotischen Abzeichen auf den Straßen zu beantworten. Einstimmig gelangte eine Erklärung zur Annahme, in der es heißt: „Wir verpflichten uns, der beabsichtigten Revolutionskomödie gegenüber zu beweisen, daß auch die deutschnationalen Kreise der Bevölkerung Berlins auf dem Platze sind." In einer Reihe konservativer Versammlungen ist in diesen Tagen beschlossen worden, der sozialdemokratischen Demonstration den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Parlamentarisches.

— Die Steuerkommission des Reichstages begann gestern die Beratung des Brausteuergesetzes. Die Diskussion begann mit dem § 8a, betr. die Höhe der Steuersätze. Berichterstatter Rettich wandte sich persönlich gegen die vorgeschlagene Staffelung aus. Die Staffelung habe den Rückgang der kleinen Brauereien nicht aufgehalten. Der Korreferent Speck bestritt die Berechtigung der vorgeschlagenen Steuererhöhung; diese widerspreche dem § 6 des Flottengesetzes. Das System der Staffelung müsse gegenüber dem bayerischen verbessert werden. Er schlage vor, die Brauereien vor jedem Jahresbeginn nach einem dreijährigen Produktionsdurchschnitte zur Steuer zu veranlagen, wobei eine Ueberproduktion schärfer zu versteuern wäre. Die kleinen Brauereien müßten auf dem 4 Mark-Satz verbleiben, und die Staffelung müßte bis 7½ Mark gehen. Daraus ergebe sich eine Mehreinnahme von 24 Millionen. Eine Abwälzung auf den Konsum sei, da die Großbrauereien die Hauptlast trügen, bei diesem System unmöglich.

— Ueber den Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses in der nächsten Woche lesen wir in der „Köln. Volksztg.", daß, nachdem am Montag die Interpellation Roeren über die Beaufsichtigung der Geistlichen und ferner die Knappschaftsnovelle erledigt sein werden, am Dienstag und Mittwoch der Landwirtschaftsetat beraten werden soll. Am Donnerstag und Freitag fallen die Plenarsitzungen aus, um den Kommissionen Gelegenheit zur Beratung zu geben; am Sonnabend fällt die Plenarsitzung wegen des Geburtstages des Kaisers aus.

— Die Zweite sächsische Kammer nahm den Antrag auf Erteilung der Ermächtigung zur Strafverfolgung der „Leipziger Volkszeitung" und der „Volkszeitung für das Muldental" wegen Beleidigung der Zweiten Kammer mit 59 gegen 4 Stimmen an.

Parteinachrichten.

— Der Abg. Sartorius hat bisher weder sein Reichstagsmandat niedergelegt noch mit der Parteileitung in der Frage irgend welches Einvernehmen gesucht. Die „Freie deutsche Presse" sagt: Es ist zu hoffen, daß er sich möglichst bald zu jenem dringend notwendigen Schritte entschließt.

Militär- und Zivilbeamte.

— Eine Denkschrift über die Dienst- und Einkommensverhältnisse des Kanzleipersonals bei den Justizbehörden ist dem Abgeordnetenhause zugegangen.

Heer und Flotte.

— Das deutsche Schulschiff „Stein" ist von Messina nach Genua abgegangen.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Saale-Zeitung".)

24. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt.

Am Bundesratstisch: Prinz zu Hohenlohe, von Einem u. a.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Mitteilung des Reichskanzlers wegen Berufung einer Kommission zur Prüfung der Rechte und Pflichten und der bisherigen Tätigkeit der Land- und Bergwerksgesellschaften in Südwestafrika.

Abg. Hompesch (Zentr.) beantragt, 14 Mitglieder in diese Kommission zu entsenden und diese ebenso zu wählen wie die Mitglieder aller anderen Kommissionen.

Der Antrag wird angenommen. Die Mitglieder werden nach Schluß der Sitzung gewählt werden.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Uebernahme einer Garantie des Reiches in bezug auf eine Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Regierung sagt, der Bau der Bahn sei so eilig. Weshalb hat sie denn aber den Reichstag so schnell im Mai schon geschlossen? Das Gesetz hätte ja schon längst verabschiedet sein können. Ich bin wegen meiner Mitteilungen aufs schärfste angegriffen worden, ich bin aber nicht widerlegt worden und halte alles, was ich gesagt habe, aufrecht. Auf unkontrollierbare Briefe, wie der Abg. Dr. Semler zu meinen schien, habe ich mich nie berufen, sondern nur auf einen Artikel eines süddeutschen Blattes, das der frühere Kollege Schrempf redigiert. Wenn Herr Dr. Semler aber meint, daß durch die Wiedergabe solcher Beschwerden dem Demunstantentum Tür und Tor geöffnet wird, dann muß er einen solchen Vorwurf auch gegen die ganze Presse richten, die Beschwerden aufnimmt. Dem Abg. Dr. Goller hat heute sein eigenes Parteiorgan den Stuhl vor die Tür gesetzt, deswegen brauche ich mich mit seinen Aeußerungen wohl nicht zu beschäftigen. Protestieren muß ich nur gegen seinen Ausdruck „er wolle keine Waffenwirtschaft". Ein solcher Ausdruck ist selbst in der Zeit des schärfsten Kulturkampfes nicht gefallen. Herr Dr Goller scheint an Tropenkoller zu leiden. (Präsident Graf Ballestrem rügt diesen Ausdruck.) Der Ausdruck Waffenwirtschaft war durchaus unangebracht. Niemals haben wir verlangt, daß die Kolonialverwaltung in geistliche Hände gelegt werden solle. Die Missionen haben stets in jeder Beziehung nur segensreich gewirkt.

Erbprinz zu Hohenlohe weist nochmals darauf hin, daß er gestern nicht von einem drohenden Aufstand in Kamerun gesprochen habe, sondern nur habe sagen wollen, daß Wachsamkeit not tue.

Abg. Dr. Semler (nl.): Es hat mir durchaus fern gelegen, die Rechte der Presse irgendwie zu beschränken. Es ist aber doch ein großer Unterschied, ob die Presse eine Mitteilung macht, oder ob ein Abgeordneter hier etwas vorbringt. Ich habe nur sagen wollen, daß wir uns erst gründlich informieren müßten, ehe wir eine Beschwerde hier vorbringen. Wenn jede Beschwerde, die uns von irgend jemand zugeht, hier ohne weiteres vorgebracht wird, so muß das die Arbeitsfreudigkeit der Beamten beeinträchtigen und in der Tat einem Demunstantentum Tür und Tor öffnen.

Abg. Ledebour (Soz.) führt aus, daß seine Partei nicht grundsätzlich gegen jede Kolonialpolitik sei, aber entschiedene Gegnerin unseres Kolonialsystems wäre. Anzuerkennen sei es, daß unter den Missionaren sich einige wirkliche Kulturträger befunden hätten. Bei der Freisinnigen Volkspartei erlebe man jetzt die seltsamsten Dinge. Der Abg. Eickhoff etabliere sich als Oberlehrer der Fraktion und trete unentwegt ein für die Flotte und die Erhöhung der Ministergehälter.

Präsident Graf Ballestrem: Aber all dies steht nur in sehr losem Zusammenhang mit der Kamerunbahn. (Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (fortfahrend) wendet sich dann gegen den Abg. Goller, der der ganzen Linken vorgeworfen habe, an dem Aufstand in Südwestafrika schuld zu sein. Seine Fraktionsgenossen hätten sehr lange Gesichter dabei gemacht, aufgehellt hätten sich ihre Mienen erst, als Herr Goller gesagt habe, er wolle nach Duala auswandern. Redner verlangt dann noch Aufklärung über den Kostenvoranschlag und über die Verteilung der 120,000 M. und der 50,000 M. für den Direktor. Diese 120,000 M. sollten Auslagen darstellen, aber weder der Herzog von Ujest, noch der Prinz von Schleswig-Holstein, die große Summen erhalten haben sollten, seien doch jemals in Kamerun gewesen. Bei dem Urteil über die Akualente handelt es sich um einen Mißbrauch der Amtsgewalt, um einen Rechtsbruch schwösterer Art.

Geheimrat Dr. Helfferich erwidert, daß es sich bei den 50,000 M. um einen Anteil aus dem legitimen Gewinn handle, den die Gesellschaft mache und die dem Direktor für seine langjährige Arbeit in der Sache zugedacht seien. Das sei ein durchaus legitimes Geschäft, an dem kein Mensch der Welt etwas aussetzen könne. In dem Kostenvoranschlag seien die 50,000 M. nicht enthalten.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Lattmann, daß die von der Regierung gewählte Trace nicht richtig gewählt sei. Ein Aufstand infolge der Verhaftung der Häuptlinge in Kamerun sei ausgeschlossen, denn in Kamerun seien ganz andere Verhältnisse wie in Südwestafrika. Die Reise der Abgeordneten auf einem Woermanndampfer nach Kamerun werde unseren Kolonien noch zu gute kommen, es sei ein stolzes Gefühl für die Abgeordneten gewesen, auf dem Dampfer einer Gesellschaft zu fahren, die sich so entwickelt habe und bei allen Nationen in so hohem Ansehen stehe.

Abg. Lattmann (Antis.) nimmt auch die evangelischen Missionen gegen den Dr. Goller in Schutz. Redner wiederholt dann seine Behauptung, daß die von der Regierung gewählte Trace nicht die richtige sei. Die Regierung habe sich doch auch zum Schaden des Reichs bei der Mole von Swakopmund geirrt.

Abg. Racken (Zentr.) hält vom kaufmännischen Standpunkt aus die Zahlung so großer Provisionen nicht für richtig. Die Herren wollten ja auf ihre Provisionen verzichten, das zeigt doch, daß sie selbst die Sache nicht für ganz ordnungsgemäß hielten.

Abg. Dr. Goller (freis. Vp.): Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen und auch noch kein Volksvertreter. (Große Heiterkeit.) Herrn Ledebour danke ich für sein Privatissimum, ich will ihm gern folgen, nur in einem werde ich ihn nie übertreffen, daß ist in seinen Physiognomie-Verzerrungen. (Große Heiterkeit.) Herrn Erzberger möchte ich sagen: Christliche Nächstenliebe scheint seine stärkste Seite nicht zu sein. (Heiterkeit.) Was ich mit meiner Fraktion auszumachen habe, soll er doch mir überlassen. Ich habe kein Mitglied meiner Fraktion beleidigt, über Gemütlichkeit kann man allerdings verschiedener Meinung sein. (Heiterkeit.) Zu Berlin scheint allerdings die Gemütlichkeit mehr und mehr zu verschwinden. (Große Heiterkeit.) Herr Erzberger spielt sich im übrigen mehr und mehr als Zensor des ganzen Hauses auf, was weder der Zahl seiner Jahre, nach der Summe seiner Kenntnisse entspricht. (Zustimmung.) Wer sich so über das Wort „Waffenwirtschaft" entrüstet, kennt wohl die Geschichte der südamerikanischen Republiken nicht. Auch müssen wir auf das mohammedanische Arabertum Rücksicht nehmen, das wir als Bundesgenossen betrachten müssen.

Abg. Storz (D. Vp.): Wenn Abg. Ledebour neulich meinte, die Schwaben würden erst mit 40 Jahren gescheit, so bin ich gescheit, denn ich bin Schwabe und mehr als 40 Jahre alt. (Heiterkeit.) Redner empfiehlt sodann Annahme der Vorlage.

Abg. Eickhoff (freis. Volksp.) weist die vom Abg. Ledebour ihm gemachten Vorwürfe entschieden zurück. Er (Redner) sei hier im Saale ebenso unabhängig wie jeder andere Abgeordnete. Zur Fraktionsfrage werde er zur gegebenen Zeit seine Stellung hier darlegen, selbst auf die Gefahr hin, damit wieder den Zorn des Abg. Ledebour zu erregen. Die Eisenbahnbauten müsse man unterstützen, da sie vom großem Nutzen für die Kolonien seien. Wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Unterlagen der hier zur Debatte stehenden Bahn uns als gesund nachgewiesen werden, dann werde ich für diese Bahn stimmen.

Abg. Erzberger (Zentr.) polemisiert gegen den Abg. Goller, der nur den Wahlspruch habe: Freiheit, die ich meine.

Damit schließt die Diskussion.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Militärpensionsgesetzes.

Die Vorlage enthält u. a. folgende Bestimmungen. Es erhalten die Offiziere, wenn sie infolge einer Dienstbeschädigung militärunfähig geworden sind, ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Dienstzeit, und wenn sie aus anderen Gründen dauernd militärunfähig geworden sind nach zehnjähriger Dienstzeit eine Pension von 20/60 ihres Einkommens (bisher 15/60), das sich jedes weitere Dienstjahr um 1/60 bis auf 45/60 des zuletzt bezogenen Diensteinkommens steigert. Ferner erhöht die Vorlage die Verstümmelungszulage, die jetzt 600 M. jährlich beträgt, auf 900 M., die bis auf 1800 M. jährlich erhöht werden kann, wenn durch die Verstümmelung schweres Siechtum verursacht wird. Den Hinterbliebenen eines pensionierten Offiziers wird die Pension noch für ein Vierteljahr weiter bezahlt statt wie bisher nur für einen Monat.

Kriegsminister v. Einem: Die Vorlage entspricht der vorjährigen mit den Verbesserungen der Reichstagskommission. Ich bitte Sie herzlichst, die Vorlage wohlwollend zu prüfen.

Abg. Graf Hompesch (Ztr): Meine Fraktion wird sich materiell an der ersten Lesung nicht beteiligen. Die Gründe für diesen ungewöhnlichen Schritt zu beurteilen, überlasse ich der Regierung und dem Hause. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Graf Oriola (nl.): Die Mißstimmung über den plötzlichen Schluß der letzten Reichstagssession ist besonders gerechtfertigt gewesen mit Rücksicht auf die Vorarbeiten für das Militärpensionsgesetz. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage nicht an die Budgetkommission, sondern an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. Meine Stellung zur Vorlage habe ich bereits im Vorjahre ausführlich dargelegt. Vor allem vermissen wir eine genügende Berücksichtigung der schon jetzt pensionierten Offiziere. Die Not der Alpensionäre ist groß. Man verweist sie jetzt nur auf den Gnadenweg. Hier muß die Kommission Wandel schaffen. Auch die Reliktenversorgung muß eingehend geprüft werden. Man muß ein besonderes Reliktengesetz erlassen, um die vielen Härten und Mängel auf diesem Gebiete zu beseitigen. Hoffentlich wird das Pensionsgesetz in dieser Session endlich zustande kommen.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Ich kann den Vorredner nicht unwidersprochen lassen. Eine vollständig rückwirkende Kraft können wir dem Gesetz nicht geben. Es geht auf diesem Gebiet weit genug. Das Gesetz soll ja vom 1. April 1905 an gelten, so daß den Pensionären durch eine Verzögerung des Gesetzes kein Nachteil entstehen kann. Ueber diesen Rahmen hinaus können wir nicht gehen. Dazu haben wir keine Mittel. Außerdem würde das unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen. Man müßte dann auch bei einer Aufbesserung der Pensionen der Zivilbeamten eine rückwirkende Kraft festsetzen.

Abg. Lesche (Soz.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie die Vorlage nicht an eine besondere, sondern an die Budgetkommission zu verweisen wünsche. Sie sei nur für das Gesetz zu haben, wenn die Pensionen der Unteroffiziere und Mannschaften erhöht würden.

Abg. v. Massow (kons.) wünscht, daß die Vorlage nicht wieder in der Budgetkommission begraben würde. Sollten denn auch in diesem Jahre wieder die aus Afrika zurückkehrenden Krieger mit einer Drehorgel-Konzession abgespeist werden? Die Armee sei das festeste Bollwerk gegen den Umsturz und wenn die intakt bleibe, könne man pfeifen auf die großmäuligen Redner vom 21. Januar. Die Offiziere würden auch an diesem Tage ihre Schuldigkeit tun.

Abg. Dr. Mugdan (freis. Vp.) bedauert, daß nicht auch für die Zivilbeamten eine Pensionserhöhung gefordert werde. Am besten sei es, wenn man die Vorlage an die Budgetkommission verweise, bei der Fülle der Kommissionen würde sich kaum noch eine neue Kommission bilden lassen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antis.) bedauert es, daß keine einheitlichen Bestimmungen für die Veteranenbeihilfe bestünden.

Staatssekretär Frhr. von Stengel bestreitet die Richtigkeit dieser Beschwerde. Es bestanden jetzt solche einheitlichen Bestimmungen, es sei erst neulich im Reichstag anerkannt worden, daß jetzt auf für die Veteranen gesorgt werde.

Abg. Mommsen (freis. Vgg.) protestiert gegen die Worte des Abg. von Massow. Diese Vorlage sei doch wirklich nicht geeignet, solche scharfmacherischen Töne anzuschlagen. Herr von Massow habe der Sache, der alle dienen wollten, keinen Dienst geleistet.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Entwurf an die Budget-Kommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Statistik des Warenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Auslande.

Abg. Dr. Beumer (nl.) weist darauf hin, daß der Entwurf nicht unsere Statistik vermehren, sondern sie verbessern wolle. Vermehrt dürfe unsere Statistik nicht werden, schon jetzt mache sie den produktiven Ständen so viel Arbeit, daß sie kaum bewältigt werden könne. Redner beantragt, den Entwurf ohne Kommissionsberatung gleich im Plenum zu erledigen.

Abg. Graf Kanitz (k) stimmt diesem Vorschlage zu, das Gesetz bedeute einen ganz gewaltigen Fortschritt gegenüber der bisherigen Statistik.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Kaempf (fr. Vp.) und des Unterstaatssekretärs Wermuth schließt die Debatte. Die zweite Beratung wird im Plenum stattfinden.

Ohne Debatte wird auch die erste Lesung des Gesetzes betreffend die Wertbestimmungen der Einfuhrscheine im Zollverkehr erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf Ballestrem: Obwohl wir bis jetzt seitens der Regierung keine offizielle Mitteilung erhalten haben über das bedauerliche Ableben des Staatssekretärs Frhrn. von Richthofen, auch nicht über die Zeit der Leichenfeierlichkeit, die gehalten werden soll (Hört! hört!), so ist mir doch beides aus den Zeitungen bekannt. Ich weiß, daß morgen nachmittag 3 Uhr eine Leichenfeier stattfindet. Ich glaube nun, daß ebenso wie ich, viele Mitglieder des Hauses das Bedürfnis haben werden, diesem ebenso ausgezeichneten wie liebenswürdigen Staatsmann die letzte Ehre zu erweisen. (Sehr wahr!) Deshalb wollte ich dem Hause vorschlagen, morgen keine Sitzung abzuhalten. (Zustimmung.)

Nächste Sitzung also Montag 1 Uhr. (Zweite Lesung der eben erledigten beiden Gesetze betr. die Warenstatistik und die Einfuhrscheine, und erste Lesungen der Gesetze betr. Ausgabe von Reichsbanknoten von 50 und 20 Mark und des Versicherungsvertrages.)

Schluß 5½ Uhr.

Ausland.

Ein französisches Konzil.

In Albi fand unter dem Vorsitz des Erzbischofs Mignot eine Versammlung von Erzbischöfen und Bischöfen Südfrankreichs statt, deren Zweck die Vorbereitung eines Konzils des gesamten französischen Episkopats sein soll, das über die dem Trennungsgesetz gegenüber zu beobachtende Haltung Beschluß fassen soll.

Die Marokko-Konferenz.

In Tanger war ein Gerücht im Umlauf, daß der Algerier Bu Mazan, dessen Festnahme kürzlich einen französisch-marokkanischen Zwischenfall hervorgerufen hatte, von den marokkanischen Behörden neuerdings verhaftet worden sei. Das Gerücht ist unbegründet.

Die Wirren in Rußland.

Außer den gemeldeten sind noch fünf Personen auf Grund kriegsgerichtlichen Urteils in Warschau erschossen worden. Zwei Frauen, welche ebenfalls zum Tode verurteilt worden waren, sind zu Festungsstrafe begnadigt worden.

Der frühere Polizeichef von Odessa, Neidhardt, ist nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060120015/fragment/page=0002

Petersburg berufen, um sich wegen der Odessaer Judenverfolgungen zu verantworten.

Columbia.

Die columbische Regierung hat gestern über Bogota den Belagerungszustand verhängt und zwar für die Dauer des Kriegsgerichts, das zur Zeit hier gegen die Teilnehmer der Dezemberverschwörung abgehalten wird.

Halle und Umgegend.

Halle, 20. Januar.

Stadtverordneter Ernst David †. Wieder hat der unerbittliche Tod eine Lücke in die Reihe unserer Stadtverordneten gerissen: gestern vormittag verschied Herr Fabrikbesitzer und Stadtverordneter Ernst David. Die Bürgerschaft beklagt in dem Dahingegangenen einen Ehrenmann, der seine Kraft, sein Wissen und Können bis zu den letzten Tagen seines an Arbeit so reichen Lebens in den Dienst der Stadt gestellt hat. Ernst David war der Besitzer der bekannten Schokoladen- und Kakaofabrik von David. Sein Vater, Friedrich David, hatte die Fabrik gegründet; der Sohn übernahm die drei Abteilungen der Fabrik, die Schokoladen-, die Honigkuchenfabrik und die Konditorei, als sie noch verhältnismäßig klein war. In unermüdlicher Tatkraft gelang es Ernst David, namentlich die Schokoladenfabrik zu einem großen Unternehmen auszubauen. Bald nahm dies so an Umfang zu, daß er nur diese Fabrik leitete; die Honigkuchenfabrik übernahm der frühere Werkführer und die Konditorei Johannes David. Am 1. Januar 1900 trat Ernst David als von der ersten Abteilung gewählt in die Stadtverordneten-Versammlung ein; seine Wahlperiode lief zunächst bis 31. Dezember 1907. Er entfaltete eine rege Tätigkeit, vor allem in den Kommissionen. Er gehörte dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke, dem Schulvorstande zur Beaufsichtigung und Verwaltung der städtischen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen, dem Gemeindesteuerausschuß und der Einkommensteuer-Veranlagungskommission an. Erst am Freitag voriger Woche zwang ihn eine Lungenentzündung auf das Krankenlager; er sollte nicht mehr gesunden; nach den wenigen Tagen des Leidens raffte ihn die Krankheit dahin. Schon vor drei Jahren war er von einer Lungenentzündung heimgesucht worden, die er aber glücklich überstand. Die dankbare Bürgerschaft wird dem Dahingeschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

1. Halle, 19. Januar.

Die heute abermals zur Verhandlung angesetzte Privatklage des Rechtsanwalts Oskar Suchsland wider den Redakteur und Reichstagsabgeordneten Adolf Thiele war am 8. Dezember vertagt worden, weil der Beklagte zu einem Vergleiche gar keine Neigung hatte und bestritt, der Verfasser der beiden inkriminierten Artikel in den Nummern 170 und 177 vom 23. Juli und 1. August des „Volksblattes" zu sein. Zum Beweise des Gegenteils beantragte der Kläger damals die Ladung des Redakteurs Molkenbuhr und des Verlegers Groß. Diese waren denn auch zu dem heutigen Termin erschienen. Kläger fühlte sich durch die beiden Artikel beleidigt, weil in ihnen seine Kostenrechnung aus einem Prozeß mit der „Brandenburger Zeitung", zu dem er in seiner Eigenschaft als früherer Bürgermeister zu Luckenwalde als Zeuge geladen war, stark kritisiert und als übermäßig hoch, sowie als mißglückt bezeichnet wurde. S. hatte eine Kostenrechnung von 163 Mark eingereicht, die jedoch infolge erhobener Beschwerde vom Gericht um 157 Mark ermäßigt worden war. In den Artikeln war hierbei hervorgehoben, S. habe sich für seine Person als Zeuge, Rechtsanwalt und Anwalt die entsprechenden Kosten entschädigen lassen wollen, daher die hohe Summe. Obwohl der Redakteur A. Molkenbuhr die beiden Nummern 170 und 177 des hiesigen Volksblattes verantwortlich gezeichnet hatte, war die Klage doch nicht gegen ihn, sondern gegen den Redakteur Thiele erhoben, weil der Kläger in diesem den Verfasser der Artikel vermutete und nach § 20 des Preßgesetzes die Annahme der Täterschaft des verantwortlichen Redakteurs M. aus besonderen Umständen ausschloß. Der Beklagte verweigerte über die Person des Verfassers der beiden Artikel jede Auskunft. Dem darauf vernommenen Zeugen Redakteur Molkenbuhr wurde vom Vorsitzenden die Frage vorgelegt: „Hat Redakteur Thiele die Aufsätze verfaßt?" M. verweigerte selbstverständlich hierauf ebenfalls die Auskunft und verblieb dabei, obwohl er auf die etwaigen Folgen der Zeugnisverweigerung aufmerksam gemacht wurde. Der Verleger des Volksblattes, Groß, erwiderte auf die Frage: „Hat Thiele die beiden Artikel geschrieben?", daß er davon nichts wissen könne, denn er sei in der Redaktion gar nicht beschäftigt, sondern nur in der Expedition. G. bestätigte diese Aussage auch. Der Privatkläger beantragte, gegen den Redakteur Molkenbuhr wegen Zeugnisverweigerung eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und eine Geldbuße von 200 Mark zu verhängen. Auf die nochmalige Frage des Vorsitzenden, warum er sein Zeugnis verweigere, erwiderte Redakteur Molkenbuhr, er halte sich nicht dazu verpflichtet. Das Gericht erkannte wegen Vergehens wider § 69 des Preßgesetzes gegen den Redakteur M. auf eine Geldstrafe von 75 Mark und legte ihm die Kosten des heutigen Termins auf. Die Sache wurde auf den 31. Januar vormittags 11½ Uhr vertagt.

Vom Oberverwaltungsgericht.

Nach § 35 der Gewerbeordnung kann der Kleinhandel mit Bier untersagt werden, wenn ein Gewerbetreibender wiederholt wegen unbefugten Betriebes der Schankwirtschaft bestraft worden ist. Nachdem festgestellt worden war, daß der Händler Haft zu Halle a. S. einmal mit 5 M. und später mit 15 M. wegen unbefugten Betriebes der Schankwirtschaft bestraft worden war, erhob die Polizeibehörde gegen Haft die Klage auf Untersagung des Kleinhandels mit Bier. Der Bezirksausschuß erachtete auch die Klage für begründet und erkannte nach dem Klageantrage auf Untersagung des Kleinhandels mit Bier. Diese Entscheidung focht Haft durch Berufung beim Oberverwaltungsgericht an. Dieses bestätigte aber die Vorentscheidung. (Nachdruck verboten.)

— Das Reichsgericht in Leipzig hat das Urteil des Oberlandesgerichts München aufgehoben, durch welches das Urteil des Landgerichts München bestätigt worden war, wonach die Witwe des verstorbenen Professors v. Lenbach in München auf die Klage der ersten geschiedenen Frau Lenbachs, der jetzigen Frau des Professors Schwenninger in Groß-Lichterfelde bei Berlin, die aus der ersten Ehe Lenbachs stammende 14jährige Tochter Marion herausgeben sollte. Der 4. Zivilsenat des Reichsgerichts hat die Klage abgewiesen.

Kunst und Wissenschaft.

Ein interessantes Händelporträt, das bisher dem größeren Publikum unbekannt war, ist in einer der letzten Nummern der „Mosical Times" in London veröffentlicht worden. Das Original befindet sich in der Sammlung Soane; man weiß jedoch leider nicht, von woher es dorthin gekommen ist. Sir John Soane war Architekturprofessor an der Londoner königlichen Akademie und Erbauer der Bank von England; er starb im Jahre 1837. Das Porträt ist ein Brustbild in einem Medaillonrahmen; der Kopf ist im Profil und ohne Perücke dargestellt. Man hat die Meinung geäußert, daß dieses Porträt nach der Natur gemalt ist und mehreren Bildhauern der Zeit für Denkmäler des Künstlers als Vorlage gedient hat. Es trägt die Inschrift: „George Frédéric Händel".

Max Regers „Gesang der Verklärten", dessen Uraufführung am Donnerstag in Aachen unter Leitung von Professor Schwickerath stattfand, hatte laut „Tag" einen enormen Erfolg. Das Publikum war zuerst erstaunt über die unerhörte Polyphonie und kalt gegenüber den rücksichtslosen Klangkombinationen des ersten Teiles, hörte sich aber bald hinein. Dann verschwindet die Kakophonie und eine Fülle melodischer Themen wird im zweiten und dritten Teile hörbar.

cb. Bühnenchronik. Humperdincks „Heirat wider Willen", errang im Magdeburger Stadttheater einen großen Erfolg. — Albert Niemann veröffentlicht in Berliner Blättern folgende Danksagung: „Allen denen, die an meinem 75. Geburtstage in so herzlicher Teilnahme meiner gedacht haben, spreche ich aus vollem Herzen meinen innigsten Dank aus. Daß bei den Hunderten von Glückwünschen und Grüßen, die mir an diesem Tage zuteil wurden, in so wohlwollend anerkennender Weise der Dienste gedacht wurde, die ich durch lange Jahre der Kunst und dem Publikum mit allen meinen Kräften gewidmet habe, erfüllt mich mit Stolz und Freude."

r. Kleine Mitteilungen. Aus München wird telegraphiert: Dem hiesigen Landschafter Pietzsch wurde vom Deutschen Künstlerbund für das Jahr 1906 ein Atelier in der Villa Romana bei Florenz eingeräumt. — In diesem Sommer wird laut „B. T." Professor Victor Berard aus Paris mit dreihundert französischen Studenten einen archäologischen Ausflug nach Troja unternehmen. — In der neuesten Nummer der „Zeitschrift für Tuberkulose" hat Professor Robert Koch in Berlin seine Nobelvorlesung: Ueber den derzeitigen Stand der Tuberkulose-Bekämpfung veröffentlicht. Er gibt eine Uebersicht über die Maßregeln, die im Kampfe gegen die Tuberkulose sich bewährt haben, und führt besonders aus, daß nach seinen eigenen Untersuchungen eine Uebertragung der Rindertuberkulose auf den Menschen so gut wie ausgeschlossen ist.

Provinzialnachrichten.

* **Magdeburg,** 19. Jan. [Zum Rücktritt des Oberbürgermeisters Schneider.] Die Pension, die seitens der Stadtverordneten dem wegen Krankheit zum 1. Juli zurücktretenden Oberbürgermeister Schneider bewilligt wurde, ist auf die Hälfte seines Gehalts mit 10,500 M. festgesetzt worden. Oberbürgermeister Schneider war früher 2. Bürgermeister in Halle und alsdann Oberbürgermeister in Erfurt.

* **Klosternansfeld,** 19. Jan. [Ueberfahren.] Am Donnerstag abend erfaßte ein Wagen der elektrischen Kleinbahn ein Ochsengespann von Amt Leimbach, das sich gerade auf dem Gleis auf der „Scharfen Höhe" am Bennsdorfer Weg befand. Der Knecht wurde aus der Schußstelle durch den Anprall herausgeschleudert und trug Verletzungen davon. Ein Ochse wurde anscheinend durch einen Schlag der Wagenstange innerlich verletzt.

* **Sangerhausen,** 19. Jan. [Seinen Verletzungen erlegen] ist gestern nachmittag der Zeitungsbote Friedrich Hornickel, der am Mittwoch früh von einem Alltedter Milchwagen auf der Chaussee überfahren wurde. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet, um festzustellen, inwieweit dem Geschirrführer eine Schuld an dem tiefbedauerlichen Falle zuzuschreiben ist.

* **Eilrich,** 19. Jan. [Explosion.] Hier explodierte am Mittwoch abend eine Säureflasche mit furchtbarem Knall, ein Vorfall, der zu dem Gerücht über ein Bombenattentat gegen den Bürgermeister Schaumann Anlaß gab. Es handelte sich um eine auf dem Flur des Rathauses schon seit längerer Zeit stehende Flasche mit Säure (ob Salz- oder Salpetersäure ist nicht festgestellt), die bei der Explosion in viele Scherben zersprang. Der zufällig vorübergehende Ratsschreiber trug dabei Brandwunden an der Wange davon, die erlittenen Verletzungen sind jedoch unbedenklicher Natur. Da es anfänglich schien, als ob bei dem dargestellten Vorgang eine böswillige Absicht obgewaltet habe und die Explosion vorbereitet wäre, wurde die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben, die sofort eine strenge Untersuchung einleitete, doch hat diese verdächtige Momente nicht ergeben. Es wurde vielmehr, wie bereits erwähnt, ermittelt, daß die Flasche nur mit Säure gefüllt war und möglicherweise durch Selbstentzündung zur Explosion kam.

* **Eckartsberga,** 19. Jan. [Aus dem Eckartshause] entwichen am Sonntag vier Zöglinge.

* **Dresden,** 19. Jan. [Wiederverhaftung.] Der in Dresden, Nordenau, Gera und anderen Städten sehr bekannte Dirigent des Eilers-Orchesters, Musikdirektor Eilers, der auch während der Dauer der Deutschen Städte-Ausstellung täglich im Ausstellungspalast konzertierte, wurde Mitte v. J. unter dem Verdachte, bei Abschluß von Kauf- und Hypothekengeschäften sich unredlicher Manipulationen schuldig gemacht zu haben, auf Veranlassung der Königlichen Staatsanwaltschaft verhaftet, später aber gegen Hinterlegung einer Kaution wieder auf freien Fuß gelassen. Jetzt ist Musikdirektor Eilers aufs neue in Haft genommen und befindet sich wiederum im hiesigen Untersuchungsgefängnis. Die gegen ihn schwebende Untersuchung ist größtenteils abgeschlossen. Auf den Ausgang des Prozesses ist man um so mehr gespannt, als Musikdirektor Eilers jegliche Schuld in Abrede stellt.

Vermischtes.

Einen wertvollen Fund machte der Droschkenkutscher Wilke in Berlin, als er nach Beendigung der Nachttour mit seinem Gefährt nach Hause kam. Er fand im Wagen ein Paket, das für 15,000 Mark Wertpapiere enthielt und zweifellos von einem Fahrgast verloren war. Wilke fuhr sofort nach dem Polizeipräsidium und lieferte dort das Paket ab. Der Eigentümer der Papiere, der seinen Verlust bereits polizeilich gemeldet hatte, ließ dem Droschkenkutscher eine Belohnung von 500 Mark zukommen.

Ein Verbrechen? In der Nähe der Station Marienfeld bei Berlin wurde am 15. Dezember, wie seinerzeit von uns mitgeteilt, in früher Morgenstunde die völlig unbekleidete Leiche eines Mädchens in entsetzlich verstümmeltem Zustande aufgefunden. Man nahm an, daß das Mädchen, das bald darauf als die Friseuse Schandy rekognosziert wurde, sich selbst in einem Anfall von Wahnsinn getötet habe. Der rechte Arm fehlte. Auch dieser ist nun von einem Angestellten der Marienfelder Gasanstalt in einem nahegelegenen Wassertümpel aufgefunden worden und zwar in einem Zustande, der zu der Annahme zwingt, daß er unmöglich seit dem 15. Dezember im Wasser gelegen haben kann. Mit der Möglichkeit eines Verbrechens muß also doch gerechnet werden.

Die Sturmflut in Hamburg. Aus Hamburg, 19. Januar, nachm. 4 Uhr, wird berichtet: Die Sturmflut erreichte heute mittag eine beträchtliche Höhe; das Wasser stand bei den Vorsetzen auf der Straße. Jetzt beginnt es wieder zu fallen. Mehrere im Hafen liegende bezw. auf der Unterelbe befindliche Schiffe erlitten Beschädigungen. — Aus Altefeld, 19. Januar, wird berichtet: Heute früh hob der Sturm das Dach eines Maschinenschuppens ab und schleuderte es auf die Straße. Hierdurch wurden drei vorübergehende Arbeiter schwer verletzt, einer davon tödlich.

Der Dreschgraf auf Festung. Graf Pückler ist in Danzig eingetroffen, um die gegen ihn erkannte Strafhaft auf der Festung Wesel-Wesel-Mühle zu verbüßen. Ursprünglich sollte der Dreschgraf bekanntlich hinter Gefängnismauern sitzen. Im Gnadenwege wurde aber diese Strafe in die gemütlichere Festungshaft verwandelt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Große Defilier-Cour bei Hofe.

Berlin, 20. Jan. Gestern abend um 8 Uhr hielt das Kaiserpaar im Rittersaale des Königl. Schlosses die alljährliche große Defilier-Cour des diplomatischen Korps, der inländischen Damen und aller Herren vom Zivil ab. Es erfolgten zahlreiche Vorstellungen ausländischer und inländischer Damen und Herren.

Die Wahlrechtsbewegung.

Berlin, 20. Jan. Dem „Vorwärts" zufolge wird der hiesige Polizeipräsident heute eine Bekanntmachung erlassen, in der er vor Ausschreitungen am Sonntag warnt, da er solchen mit allem Nachdruck, nötigenfalls mit den äußersten nach dem Gesetz zulässigen Mitteln entgegentreten werde.

Sturmschäden.

Berlin, 20. Jan. Fortgesetzt treffen aus allen Teilen des Reichs Nachrichten von Sturmschäden ein. Den Morgenblättern zufolge ist die Telephonverbindung Brüssel-Berlin gestört. Auf der Unterelbe ist das Leuchtschiff von Pagensand weggetrieben und gestrandet.

Erfurt, 20. Jan. Ein mehrere Tage anhaltender orkanartiger Sturm hat in den Forsten des Thüringer Waldes ungeheuren Schaden angerichtet.

Lübtheen (Mecklenburg-Schwerin), 20. Jan. Gestern vormittag wurde der hiesige neue eiserne Förderturm vom Winde umgestürzt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt und starb auf dem Transport.

Der Wahlkampf in England.

London, 20. Jan. Nach den bis gestern abend 9 Uhr 30 Min. eingegangenen Wahlergebnissen sind gewählt worden: 224 Liberale, 35 Mitglieder der Arbeiterpartei, 96 Unionisten und 72 Nationalisten. Bisher haben die Liberalen 120, die Arbeiterpartei 28, die Unionisten 4 und die Nationalisten 1 Sitz gewonnen.

Eisenbahnunglück bei Gent.

Gent, 20. Jan. Der gestern nachmittag 3 Uhr 50 Min. von Ostende abgegangene, nach Herbesthal bestimmte Zug entgleiste in der Nähe von Gent. Der Postwagen geriet in Brand und wurde mit seinem ganzen Inhalt der von Dover gekommenen Post vollkommen zerstört. Die Post bestand aus 25 Säcken mit gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen. Vier Zugbeamte sollen verletzt worden sein.

Hochbahnkatastrophe in Brooklyn.

Brooklyn, 20. Jan. Auf der Hochbahn entgleiste gestern ein Zug, wobei der hinterste Wagen, der mit Fahrgästen dicht gefüllt war, aus einer Höhe von 35 Fuß auf die Straße stürzte und vollkommen zertrümmert wurde. Die Trümmer gerieten in Brand; doch gelang es, die Fahrgäste zu retten, ehe sie den Flammen zum Opfer fielen. Bei dem Unfall sind 12 Personen verletzt und eine getötet worden.

Erfurt, 20. Jan. Aufsehen erregt die in Langensalza erfolgte Entdeckung einer gefährlichen Kirchenräuberbande, die seit vielen Monaten in vielen Kirchen des Regierungsbezirks Erfurt schwere Einbrüche verübt hatte. Drei Personen sind verhaftet worden; weitere Verhaftungen stehen bevor.

Bunzlau, 20. Jan. Ein Großfeuer hat die Ziegelei der Bunzlauer Werke der Firma Sengersdorf mit allen Maschinen und Oefen zerstört. Ein Heizer wurde von einer einstürzenden Mauer erschlagen. Der Schaden ist groß.

Trier, 20. Jan. In Zeltingen hat ein Großfeuer fünf Wohnhäuser mit gefüllten Scheunen und Stallungen zerstört.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten —
(einschl. „Unterhaltungsblatt" und „Blätter fürs Haus").

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vereinigte Elbeschiffahrts-Gesellschaft, A.-G. Die zu diesem Konzern gehörige Österreichische Nordwest-Dampfschiffahrts-Gesellschaft wird für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr wieder 4 Proz. Dividende ausschütten.

Die thüringischen und mitteldeutschen Kleineisenfabrikanten haben wegen der höheren Rohmaterialpreise und Löhne den Preis ihrer Hauptartikel um 10 Proz. aufgeschlagen.

Kali-Gewerkschaft Erichsglück zu Thal (Gotha). Die Gewerkschaft, die in der Lüneburger Heide eine größere Gerechtsame erworben hat, hielt vor kurzem eine Gewerkenversammlung ab, in der als drittes Vorstandsmitglied Unterstaatssekretär a. D. Wirkl. Geh. Rat Franz Sterneberg zu Groß-Lichterfelde gewählt wurde. In dem Vorstande befinden sich außer dem Genannten noch Kaufmann Paul Wallot in Köln und Regierungsassessor a. D. Crone in Köln.

Erneuter Wagenmangel. Wie die „Dtsch. Bergw.-Ztg." von der Kgl. Eisenbahn-Direktion Essen erfährt, ist für die nächste Zeit infolge des starken Bedarfes im Ruhrkohlengebiet wieder mit Wagenmangel von längerer Dauer zu rechnen. Die Bestände des Wagenparks sind wegen der verstärkten Beförderung merklich geringer geworden.

Rio de Janeiro, 18. Jan. Wechsel auf London 17⅜ d.

Waren- und Produktenberichte.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

* Berlin, 19. Jan. Frühmarkt [amtlich festgestellte Preise]. Weizen, neuer inländischer 177,00—182,00 M. Roggen, neuer, guter inländischer 164,00—166,00 M. Gerste, leichte inland. Futtergerste 145—153, schwere 154—164, russische und Donau-, leichte 140—144, schwere 145—160, alles ab Bahn u. frei Wagen. Hafer, märk., mecklenbg., pomm., posen., schles., rein 173—183, mittel 163—172, gering 158—162, russischer fein 160—164, mittel u. gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mixed, gering 132,00—137,00, mit Geruch — —, runder 133—136 frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware, mittel 170—175, eine und Taubenerbsen 176—180 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl No. 00 loco 23,00—24,75. Roggenmehl No. 0 und loco 21,60—23,50. Weizenkleie 10,20—11,00. Roggenkleie 10,50—11,00 M. ab Mühle.

* Hamburg, 19. Jan. Weizen fest, mecklenb. u. ostholstein 176—180. Roggen fest, mecklenb. u. altmärk. 168—174, russ. cif. 9 Pud 10/15 Januar 134,00. Gerste fest, südruss. cif. Jan. 114,00. Hafer fest, holstein. u. mecklenb. 168—172. Mais ruhig. Americ. mixed cif. für prompte Lieferung 109,00. La Plata cif. Jan.-Febr. 110,00.

* Antwerpen, 19. Jan. Weizen fest, Mais fest, Hafer fest, Gerste fest.

New York, 19. Jan. [Telegr.] Roter Winterweizen. Loco 91⅝ (vorige Notierung 92⅝), Jan. — (—), Mai 91⅜ (92⅝), Juli 89⅞ (90½), Sept. — —. Mais Mai 51¼ (51¼), Juli 51½ (51½). Mehl 3,30 (3,30). Getreidefracht 2 (2¼).

Chicago, 19. Jan. [Telegr.] Weizen Mai 88¾ (88¼), Juli 84⅞ (89⅝), Mais Mai 45⅛ (45⅛).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19060120015/fragment/page=0003

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 19. Jan. Kartoffelmehl und Stärke 19,50. Feuchte Stärke 10,20

* Magdeburg, 19. Jan. Kartoffelstärke und -Mehl 19,00—19,25.

Kaffee.

* Hamburg, 19. Jan. [Schluß.] Kaffee good average Santos per März 38,25 Gd., Mai 38,75 Gd., Sept. 39,50 Gd., Dez. 40,00 Gd., Ruhig.
* Hamburg, 19. Jan. Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack.
* Amsterdam, 19. Jan. Java-Kaffee good ordinary 31,00.
* Havre, 19. Jan. [Schlußbericht.] Kaffee good average Santos März 47,25, Mai 47,75, Sept. 48,50, Dez. 49,00. Behauptet.

Zucker.

* Hamburg, 19. Jan., nachm. 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 % Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Jan. 16,45, März 16,75, Mai 17,05, Aug. 17,45, Okt. 17,60, Dez. 17,75. Ruhig.
* London, 19. Jan. 96 % Javazucker stetig, loco 9 sh. 3 d., Rüben-Rohzucker ruhig, loco 8 sh. 2½ d.
* Paris, 19. Jan. Rohzucker stetig. 88 % neue Kondition 20,25 bis 20,75. Weißer Zucker ruhig. No. 3 für 100 kg Jan. 24⁵/₈, Febr. 24¹/₂, März-Juni 25, Mai-Aug. 25¹/₂.

Spiritus.

* Nordhausen, 19. Jan. Branntwein loco 45 % Vol. für 100 kg ohne Faß ab Brennerei 66,75—67,75, Jan.-Sept. 67,50—68,50, desgl 40 % Vol. loco 59,25—60,25, Jan.-Sept. 60—61 M.
* Hamburg, 19. Jan. Spiritus ruhig. Jan. 19,50 G., Jan.-Febr. 19,50 G., Febr.-März 19,50 G.
* Paris, 19. Jan. Spiritus ruhig. Jan. 40,00, Febr. 40,00, März-April 40,00, Mai-Aug. 39,75.

Petroleum.

* Hamburg, 19. Jan. Petroleum ruhig. Stand. white loco 7,30.
* Antwerpen, 19. Jan. [Schluß.] Raffiniertes, Type weiß loco 19,50 bzll., Jan. 19,50 B., Febr. 19,75 B., März-April 20,00. Ruhig.
* New York, 19. Jan. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,60, in Philadelphia 7,55, Refined (in Cases) 10,30, Credit Balances at Oil City 1,55.

Ölsaaten, Öle, Fettwaren.

* Bremen, 19. Jan. Schmalz fest. Loko, Tubs u. Firkins 41 Pf., in Doppeleimern 41¾ Pf. Speck stetig
* Hamburg, 19. Jan. Rüböl fest, verzollt 52,00.
* Köln, 19. Jan. Rüböl, loco 56,00, Mai 56,50.
* Antwerpen, 19. Jan. Schmalz per Jan. 26,00.
* Paris, 19. Jan. [Schlußbericht.] Rüböl ruhig. Jan. 61,75, Febr. 62,00, März-April 62,50, Mai-Aug. 63,25.
* New York, 19. Jan. [Telegr.] Schmalz, Western steam 7,90, Rohe und Brothers 8,05.
* Chicago, 19. Jan. [Telegr.] Schmalz, Jan. 7,50, Mai 7,67½.

Wolle. Baumwolle.

* Bremen, 19. Jan. Baumwolle stetig. Upl. middl. loco 61.
* Liverpool, 19. Jan. [Schluß.] Baumwolle. Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Tendenz: fest. Amerikanische good ordinary Lieferungen: stetig. Januar 6,20, Jan.-Febr. 6,20, Febr.-März 6,21, März-April 6,63, April-Mai 6,26, Mai-Juni 6,28, Juni-Juli 6,29, Juli-August 6,30, Aug.-Septbr. 6,23, Sept.-Okt. 5,95.
* Liverpool, 19. Jan. (Wochenbericht.)

Offizielle Notierungen:

American good ordin.	5,96	Peru moodergood fair	7,45
„ low middling	6,14	„ „ good	8,35
„ middling	6,30	„ smoth fair	6,63
„ good middling	6,48	„ „ good fair	6,84
„ fully good middl.	6,68	M. G. Broach good	5⁷/₁₆
„ middling fair	6,82	„ „ fine	5¾
Pernam fair	6,55	Bhowungger good	4⁷/₈
„ good fair	6,81	„ „ fully good	5
Ceara fair	6,55	„ „ fine	5⅛
„ good fair	6,77	Oomra good	4⁷/₈
Egyptian brown fair	6¾	„ „ fully good	5
„ „ good fair	8¼	„ „ fine	5⅛
Peru rough good fair	8	Scinde fully good	4⁵/₁₆
„ „ good	8,65	„ „ fine	4⁹/₁₆
„ „ fine	9,00	Bengal fully good	4⁷/₁₆
„ moder rough fair	9,70	„ „ fine	4⁹/₁₆
„ „ good	6,45	Madras Tinnevelly good	5⁹/₁₆

Manchester, 19. Jan. 12r Water Taylor—, 20r Water Leigh 8½, 30r Water courante Qualität 9⅞, 30r Water bessere Qualität 9⅞, 32r Mule Mayall 10¼, 40r Medio Wilkinson 10¾. 32r Warpcops Lees 9¾, 36r Warpcops Rowland 36r Warpcops Wellington 10½, 40r Double Weston 11½, 60r Double cour. Qualität 14½, 32r 116 yards 6×16 grey printers aus 32r/46r 231.

Metalle.

* Hamburg, 19. Dez. Silber 89,75 Br., 89,25 G.
* London, 19. Dez. Silber 30¼.
* Amsterdam, 19. Jan. Bankazinn 99¼.
* London, 19. Jan. [Schluß.] Bechuanaland Exploration 0,87, Cape Copper 5,18, Consolidated Goldfields of Afrika 5,87, De Beers 18,50, Durban Roodepoort 3,75, New Jagersfontain 7,62, Transvaal Mining and Gold Estates 1,50, Chartered 1,87, East Rand 6,68, Randmines 7,43, Shebas 8/9. Ruhig.
* London, 19. Jan. [Schluß.] Chilikupfer stramm, 78 Lstrl., 2 Mon. 75. Zinn stramm, Straits 163¼, 3 Mon. 162¾. Blei fest, span. 16¹¹/₁₆, engl. 17. Zink stetig, gewöhnl. Marke 27⅝, spez. 28⅝.
* Glasgow, 19. Jan. [Vormittag.] Roheisen. Mixed numbers warrants 53 sh. 6 d.
* Glasgow, 19. Jan. [Schluß.] Roheisen. Mixed numbers warrants —. Middelsborough 53 sh. 4 d.

Chemische Produkte.

London, 18. Jan. Chilisalp. ord. 11 sh. 0 d., raff. 11 sh. 6 d.

Wasserstände, + bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.			Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	18. Jan.	+ 1,10	—	—
Weißenfels, Oberpegel	»	+ 2,72	—	4
do. Unterpegel	»	+ 1,46	—	16
Trotha	19. »	+ —	20. »	—
Aisleben, Oberpegel	18. »	+ 2,72	19. »	2
do. Unterpegel	»	+ 2,80	»	2
Bernburg	»	+ 2,34	»	2,30	4	—
Kalbe, Oberpegel	»	+ 2,04	»	2,04	—	—
do. Unterpegel	»	+ 2,38	»	2,32	6	—

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatt.

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	18. + 0,08	—	2	Torgau	19. + 1,70	8	—
Prag	» + 0,58	22	—	Wittenberg	» + 2,64	—	3
Jungbunzlau	» + 0,08	2	—	Roßlau	» + 2,20	—	5
Laun	» + 0,49	6	—	Barby	» + 2,70	—	—
Pardubitz	» + 0,13	2	—	Magdeburg	» + 2,25	8	—
Brandeis	» + 0,34	3	—	Tangermde.	» 3,26	8	—
Melnik	» + 0,34	14	—	Wittenberge	» + 3,10	1	—
Leitmeritz	» + 0,38	13	—	Dömitz Peg.	18. + 2,64	—	—
Außig	19 + 0,66	12	—	Lauenburg	19. + 2,68	—	5
Dresden	» — 0,65	13	—				

Aussig. Von den oberen Plätzen werden 22 cm Wuchs gemeldet.

Berliner Börse,

19. Januar.

(Ergänzung zu den telephon. Meldungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Diskont.

Berlin Wechsel 5, Lombard 6. Amsterdam 3. Brüssel 4. Italien. Plätze 5. Kopenhagen 5. Lissabon 4. London 4. Madrid 4½. Paris 3. Petersburg und Warschau 7½. Schwed. Plätze 5. Norw. Plätze 5½. Schweiz 5. Wien 4½.

Geldsorten und Banknoten.

Münz-Dukaten	pr. St.	—	—
Rand- do.	do.	—	—
8 Gulden-Stücke, 5st. do.	do.	—	—
Gold-Dollars	do.	—	—
Imperials, alte	do.	—	—
do. do. zu 500 G.		—	—
do. neue	pr. St.	16,13	G
do. do. zu 500 G.		—	—
Amerik. Noten 2 u. 1 D.		4,175	Br
do. Coup., zhlb. N.-Y.		4,185	
Oest. Bkn. Abschn. 1-2000 K.		85,05	Br
Russ. do. do. zu 500 R.		213,50	Br
do. do. do. 5, 3 u. 1 R.		213,50	Br
Skandin. Bkn. zu 100 Kr.		112,20	Br
Russ. Zoll-Coup. 100 G.-R.		—	—
do. do. kleine		—	—

Deutsche Staatspap., Pfand- und Rentenbriefe, Provinz- und Stadt-Anleihen und Lose.

D. Reichs-Schatzanw. 1905 unk. 1907	3½	99,60	G
do. von 1904	3½	99,60	B
Bad. St.-A. 01 uncv. 09	4	102,70	bz G
do. Präm.-Anl. v. 67	4	154,60	bz G
Bayr. Präm.-Anl. v. 66	4	—	—
Bremer Anl. 1887, 88, 90	3½	99,00	bz G
Gr. Hess. St.-A.	3½	—	—
Hamb. Staats-Rente amort. 1900	4	—	—
do. do. 1904	3½	99,30	bz G
Lüb. St.-Anl. unk. 14	3½	99,10	B
Ostpreuß. Prov.-Anl.	4	104,50	G
do. do.	3½	98,00	bz
Rheinprov. XX-XXI	4	102,90	G
Westf. Prov. II, III, IV	3½	98,75	B
Teltow. Kr.-Anl. uk. 16	4	104,75	G
Barmen Stadt-Anl.	3½	98,00	G
Berlin St.-Synode 02	3½	99,00	G
Cassel St.-Anl. I. 1901	3½	98,80	G
Charlottenb. 95, 99, 02	3½	99,10	bz
Cöthen 80 84 90 95 96 03	3½	99,25	G
Dortmund 1891, 98, 03	3½	98,25	G
Dresden 1900 unk. 10	4	103,50	G
do.	3½	99,40	G
Düsseld. 88, 93, 94, 00, 03	3½	97,90	G
Eisenach 1899 uncv. 09	4	102,75	G
Frankfurt a. M. 1903	3½	99,25	G
Glauchau 1894, 1903	3½	98,40	G
Halberstadt 1902	3½	98,50	G
Köln 1900 uncv. 06	4	102,25	bz
do. 94, 96, 98, 1901, 03	3½	99,10	bz
Nürnberg St.-A. 1903	3	88,10	G
Sächs. Idw. Pfbr. IIA., XXII, XXIII	4	103,10	G
do. Kreditbriefe	4	103,10	G
do. do.	3½	98,80	G
Kur- und Neumärker (Brdbg.) Rentenbr.	4	102,20	B
Pomm. Rentenbriefe	4	102,30	B
Posensche do.	4	102,20	G
Preußische do.	4	102,20	G
Sächsische do.	4	102,20	G
Schlesische do.	4	102,20	B
Braunschw. 20 Tlr.-Lose, Mark per Stück		235,00	bz G
Köln-Mind. 3½% Pr.-Anl.		145,40	bz G
Meining. 7 fl.-Lose M. p. St.		50,00	bz

Ausländische Fonds, Stadt-Anleihen und Lose.

Argent. Eisenb.-Anl.	5	101,20	G
do. Anl. v. 1897	4	90,10	bz G
Chilen. Anl. v. 1889	4½	—	—
Chines. do. v. 1895	6	—	—
do. do. kleine	6	—	—
Griech. 5% do. v. 81/84	1,6	52,70	bz G
do. 5% do. kleine	1,6	52,70	bz G
do. 5% Goldrte, Pr. L.	1,6	50,50	bz G
do. 5% do. kleine	1,6	50,50	bz G
Japan. Anl. v. 1905	4	89,40	bz G
Oesterr. einhtl. Rente	4	—	—
Portug. Anl. III Spec.	frco	13,60	G
Rumän. Anl. v. 1894	4	91,20	bz
do. do. v. 1905	4	91,30	bz G
Russ. Anleihe v. 1905	4½	92,20	bz G
do. v. 1890 II. Em.	4	—	—
do. Cons. 89 2 u. 10 r.	4	—	—
do. conv. Obligat.	3½	76,25	B
Schwed. St.-R.-A. v. 04	3½	—	—
Bukar. Stadt-A. 88 ov.	4½	99,50	G
do. do. kleine	4½	99,50	G
Buen.-Air. do. 500 L.	4½	—	—
do. do. 100 L.	4½	95,25	bz G
Lissab. do. v. 86 2000 M.	4	87,00	bz G
Wien. Stadt-Anl. v. 98	4	100,60	G
Schwed. Hyp.-Pfdbr. kündb.	4	100,50	bz
do. do. rückz. 103½	4	102,75	B
do. Städte-Pfdb. v. 02	4	100,75	bz
Ungar. Spark. Pf. I, V, V	4½	—	—
do. do. I, II	4	97,10	G
Barletta 100 Lire	fr.	Mp St.	—
Freiburg 15 Frs.	fr.	»	68,50	bz
Oest. 1858 Kredit	fr.	»	—
do. 1860 I. 20%			409,00	bz
C.-St.	4	M. %	163,25	bz
do. 1864 Lose	fr.	Mp St.	494,00	
Russ. Präm.-Anl. v. 1864	5	M. %	—	—
do. v. 1866	5	»	—	—

Hypothekenbank-Pfandbriefe u. Obligationen.

Berl. Hyp. 80 % abg.	4	100,00	bz G
do. do. do.	3½	94,10	G
do. v. 1904 Ser. I, II	4	101,60	G
Braunschweig-Hannover. S. XVIII unk. 05	4	101,00	bz G
do. S. XXI XXII uk. 11	4	102,25	bz G
do. S. I, X, XI	3½	96,50	G
do. S. II-IX, XII-XV	3½	95,60	bz G
do. S. XIX	3½	95,60	bz G
do. S. XX unk. b. 1910	3½	95,75	G
do. Hyp.-B.-Pfdb. VII	4	100,50	bz G
do. XI-XII unk. 10	4	101,75	bz G
do. XIV unk. b. 1914	4	103,00	G
do. XIII-XIII A.	3¾	100,25	bz G
do. IX	3½	95,50	bz G
Gothaer Grundcr. Pr.-Pf. I	3½	—	—
do. do. II	3½	—	—
do. do. III u. IV	3½	102,00	bz G
do. do. VI u. VII	4	—	—
do. IX u. IX a. unk. 09	4	101,10	bz G
do. X u. X a, unk. b. 13	4	102,20	G
do. S. XII, unk. b. 14	4	102,20	G
do. S. VIII	3½	97,30	G
do. S. XI, unk. b. 1913	3½	97,80	G
Hamb. Hyp.-Pfdbr.	4	103,70	G
do. S. 341-400	4	102,00	bz G
do. S. 401-450	4	103,00	bz G
do. S. 1-190	3½	95,00	bz G
do. S. 311-330	3½	96,50	G
Leipz. Hyp.-B. S. VIII	4	102,90	G
do. do. S. IX	4	102,50	G
do. S. VII unk. b. 08	3½	97,90	G
Meckl. H.-u.-W.-B. S. V	4	101,90	bz G
do. do. alte u. conv.	3½	95,00	G
Mein. Hyp.-Bk. S. II	4	101,00	bz G
do. do. VI	4	100,70	bz G
do. VI unk. b. 1906	4	100,70	bz G
do. VIII unk. b. 1911	4	102,40	bz G
do. IX unk. b. 1914	4	103,00	bz G
do. conv.	3½	97,00	bz G
do. unconv. b. 1905	3½	97,00	bz G
do. unkdb. b. 1907	3½	97,50	bz G
do. X unc. b. 1910	3½	97,60	bz G
Mitteld. Bod.-Cred.-A. S. IV unk. b. 09	4	101,50	bz G
do. unk. b. 09	3½	96,00	G
Norddeutsche Grundcr. S. XII unk. b. 12	4	101,50	G
do. S. XIII unk. b. 13	3½	96,75	bz G
Pr. Bd.-Cr. S. IV u. 115	4½	114,70	G
do. do. S. X rz. 110	4½	—	—
do. do. S. XIII	4	100,80	bz G
do. S. XIV unk. b. 05	4	100,80	bz G
do. S. XVII do. 1906	4	100,80	bz G
do. S. XVIII do. 1910	4	102,00	bz G
do. S. XIX do. 1911	4	102,00	bz G
do. S. XXI do. 1912	4	102,00	bz G
do. S. XX unk. b. 1913	3¾	99,50	bz G
do. S. XI	3½	96,25	G
do. S. XV	3½	96,00	bz G
do. S. XVI u. conv.	3½	95,20	bz G
Pr. Cr.-Bd.-Cr. v. 1890	4	102,90	bz G
do. v. 1899 unk. b. 1909	4	102,25	bz G
do. v. 1903 do. 1912	4	103,40	G
do. v. 1886, 89, 94	3½	96,20	bz G
do. v. 1896 do. 1906	3½	96,10	bz G
do. v. 1904 unk. b. 1913	3½	97,60	G
do. Centr.-Boden-Cons.-Obl.	4	103,80	G
do. do. v. 97, 01	3½	99,10	bz G
do. do. v. 1890	3½	99,10	bz G
Pr. Hyp.-A.-B. abgk.	4	100,50	bz G
do. do. do.	3½	94,50	G
do. unk. bis 1913	4	102,40	G
Preuß. Pfdb. Bk. S. XX u. XXI unk. 1910	4	101,20	bz G
do. S. XXV unk. 14	4	102,40	bz G
do. S. XXVI Iunk. 15	4	103,00	bz G
do. S. XXVI unk. 14	3¾	100,00	G
do. S. XXIV unk. 12	3½	96,75	G
do. Kl.-Obl. unk. 08	4	100,00	G
do. Com.-Obl. II. b. 10	4	—	—
do. do. IV unk. 12	3¾	101,75	G
do. do. III unk. 12	3½	99,50	G
Rh.-W.-B.-C.S. IX, IXa	4	102,00	bz G
do. S. VI unk. b. 08	3½	96,00	G
do. S. X von 1905	4	103,00	G
Sächs. Boden-Credit S. III unk. b. 1909	4	103,00	G
do. S. IV unk. b. 1910	4	103,00	G
do. S. II unk. b. 1908	3½	99,00	G
Schwarzbg. Hyp.-B. S. III u. V	4	100,60	G
do. S. VI unk. b. 12	4	102,10	G
do. Ser. I unk. b. 06	3½	98,00	G
Westd. Boden-Credit S. II, kündb.	4	101,00	G
do. Ser. I	4	100,80	G
do. Ser. V, unk. b. 09	4	101,60	G
do. Ser. VI, unk. b. 10	4	101,90	G
do. Ser. VII, uk. b. 13	4	102,60	G
do. Ser. III, unk. b. 05	3½	96,00	G
do. Ser. IV, unk. b. 07	3½	97,20	G
Westpr. ritter. I, I B	3½	95,60	G

Bank-Aktien.

Barmer Bank-Verein	6½	139,00	bz G
Braunschw. Bank	5½	117,50	bz
Bresl. Wechsl.-Bank	5	106,10	G
Coburger Kreditbank	4½	96,00	bz G
Danziger Privatbank	6½	125,80	bz
Dtsch.-Asiat. Bank	10	182,60	bz
Dtsch. Eff. W. (Hahn)	5	112,50	bz G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	7	151,00	bz G
Gothaer Privatbank	6	127,75	G
Hamb. Hypoth.-B.	8	169,00	bz G
Lübecker Kommerzb.	7	139,25	G
Meinine. Hypoth.-B.	4	153,75	G
Preuß. Hypoth.-A.-B.	5	122,65	bz G
do. Pfandbriefb.	7	147,10	bz G
Westdtsch. Bod.-Kr.	6½	143,75	G

Deutsche Eisenb.-Prioritäten.

Halb.-Blankb. 1884 c.	3½	—	—
Lüb. - Büchen v. 1902	3½	—	—
Magd.-Wittenb. St. A.	3	91,00	B
Starg.-Küstr. uk. 1906	3½	—	—

Deutsche Eisenb. Stamm-Akt.

Eutin-Lübeck	3	91,05	bz G
Liegn.-Rawitsch Lt. B	3½	—	—
Niederlausitzer	3½	—	—
Nordh.-Wernig. Lit. A	4½	92,90	bz G

Ausländ. Eisenb. Prioritäten.

Anatol. Bhn. I. kleine	5	104,50	G
do. Ergänz. kleine	5	102,75	bz G
Centr.-Pac. I Ref. rz. 49	4	—	—
do. do. rz. 29	3½	—	—
Kosl.-Woron. v. 1884	4	84,00	B
Kronp. Rudolfb. gar.	4	—	—
K.-Chark.-As., v. 1889	4	83,60	bz
Kursk.-Kiew	4	91,10	bz G
Macedon. Gold-Prior.	3	66,10	G
do. do. kleine	3	68,50	bz G
Moskau-Kasan	4	84,50	bz G
do. Kiew-Wor. uk. 06	4	83,80	G
do. Smolensk	4	85,75	B
do. Wind-Ryb. unk. 09	4	83,50	B
North. Pacific, Gen. L.	3	76,80	bz
Österr. Frz-St.-B. alte	3	89,50	bz G
do. do. v. 1874	3	87,00	G
do. do. v. 1885	3	84,60	G
do. do. v. 1895	3	82,50	G
do. do. I u. II	5	119,50	G
do. do. Gold	4	100,90	G
Orel-Griasi-Obl., v. 89	4	83,40	bz G
Posog. v. 1889 abg. I. II.	4½	—	—
Rjäsan - Kozlow	4	86,00	bz G
do.-Uralsk. v. 98 u. b. 09	4	83,50	bz
Russ. Südostbahn v. 01	4	83,50	bz B
Russ. Südwestbahn	4	95,25	bz B
Rybinsk, unk. b. 1906	4	83,50	bz G
Südoesterr. 5 % Oblig.	5	106,20	bz G
do. Gold	4	96,25	bz G
Türk. Bagdad-E.-A. I.	4	89,10	bz G
Warsch.-W. X., XI. S.	4	93,10	B

Ausländ. Eisenb. Stamm-Akt.

Anatol. Eisenb. volle	5	—	—
do. do.	60½	5	127,80	bz

Industrie-Aktien.

Albert Chem. Werke	18	347,25	bz
Alfeld-Gron. Papierf.	9	163,00	G
Annaburger Steingut	10	174,10	bz G
Archimedes	5	161,10	bz G
Arenberg Bergbau	35	686,00	G
Balcke Tellering & Co.	8	178,00	uk
Berlin-Charl. Bau	frco	663,00	G
Berl. Unionbraunerei	6	114,50	bz
do. Bock-Br. ev. u. n.	8	144,25	bz G
do. Spand. Berg-Br.	7	156,50	G
do. Königst Br.	7	123,00	bz G
do. Pfefferberg Br.	14	235,00	bz G
Braunk.-u. Brik.-Ind	12	217,25	G
Breslauer Ölfabrik	4	75,00	G
do. Spritfabrik	15	252,25	B
Breuer Masch.-Fabr.	6	132,00	bz
Caroline b. Offleben	15	332,00	bz G
Charlottb. Wasserw.	15⅞	329,00	bz G
Consol. Marie Br.-W.	4	106,75	bz G
Delmenh. Linoleum	15	214,00	bz G
Deutsche Jute-Spinn.	10	179,50	bz G
do. Linol.-Akt. Rixdf.	11	205,00	bz G
do. Spiegelglas Ges.	14	258,25	bz G
Dresdn. Gardin.-F.	12	198,00	B
Dürkopp Bielef. M.	28	418,50	uk G
Düsseldorfer Eisenh.	0	127,00	bz
Düsseldorf. Waggonf.	17	291,60	bz G
Eckert Maschinen-F.	9	160,75	bz G
Elberfeld. Farbenf.	30	520,00	bz G
do. Papierfabrik	20	245,00	bz G
Erfurter Strassenb.	7	144,00	bz
Façon Mannstädt	8	190,60	bz
Falkenst. Gardinen	6	127,50	bz
Flensburg. Schiffbau	4	104,75	bz
Freund Masch. conv.	12	324,00	G
Fritzsche, Buchbind.	0	63,00	bz G
Gaggen. Eisenw. V.-A.	6	126,50	bz G
Gelsenk. Gußstahl	0	110,00	bz G
Gerresh. Glashütten	7½	230,25	bz G
Gladbach. Woll-Ind.	14	166,90	bz
Görlitzer Eisenbhed.	15	317,25	bz
Grevenbroich Masch.	0	93,00	G
Griesheim. Elektron	12	262,25	G
Handelsg. f. Grundb.	0	213,00	bz G
Hansa, Dampfschiffg.	9	138,50	bz G
Harb.-Wien. Gummi	12½	257,00	bz G
Harkort Bergw.-Ges.	11	162,25	bz
Hedwigshütte	12	192,40	bz
Hein, Lehmann	0	122,80	bz G
Herbrand Waggonf.	10	182,80	bz G
Hoffmann Stärkef.	12	205,00	bz G
Hofmann Waggon	18	329,75	bz G
Hotelbetriebs-Ges.	20	285,00	bz G
Ilse Bergbau	14	356,30	G
Körting, Gebr.	8	134,25	bz G
Lauchhammer conv.	8	180,50	bz G
Linke Wagenbau	12½	290,00	bz G
Mgdeb. Bau-u. Kr.-B.	5	91,50	bz G
Magdeburg. Bergw.	28	515,00	G
do. do. St.-Prior.	28	—	—
do. Allg. Gas	0	133,50	bz G
do. Mühlenwerke	6	103,50	G
do. Straßenbahn	7	159,75	bz B
Massener Bergbau	4	135,50	bz G
Mechan. Web. Zittau	8	182,25	G
Mix & Genest Tel.-F.	7½	142,30	bz
Müller, Speisefett	16	267,10	bz G
Neu-Bellevue f. Liqu.	frco	154,00	G
Nordd. Eisw., St.-A.	2	77,20	bz
do. do. Vorz.-Akt.	5	93,75	bz
Nordd. Jute-Sp., Lit. A	6	122,50	G
do. do. Lit. B	2	92,00	G
Nordsee-Dampffisch.	6	153,00	bz G
Nürnbg. Herkuleswerk	12	193,00	bz
Oppenler Zement	9	191,50	bz G
Petersb. elekt. B. St.-A.	4	90,10	bz G
do. do. Vorz.-Akt.	7	135,40	bz G
Reichelt Metallschr.	11	203,00	bz G
Rhein. Spiegelglas-M.	8	178,00	G
Rh.-Westf. Sprengst.	13	218,00	G
Sächs. Gusst. Döhlen	15	285,00	bz G
Saxonia Zementfabr.	5½	152,00	bz G
Schl. Leinw. Kramsta	5,3	127,10	G
Schles. Zink. St. Pr.	19	405,00	bz G
Schöfferhof Br. Mainz	11	174,00	bz G
Schönebg.-Fr. Terr.-G.	12	201,00	G
Schubert & Salzer	20	335,00	bz
Schwartzkopf Masch.	10½	249,60	bz G
Stollwerck, Gb., V.-A.	6	122,00	G
Strals. Spielk. St.-Pr.	7	125,25	bz
Terr.-Ges. Halensee	frco	302,00	G
V. Chem. Werk. Charl.	12	213,75	bz
Ver. Dampf-Ziegelei	15	153,60	bz G
V. Köln-Rottw. Pulv.	16	263,80	G
V. Stahlw. Zyp. u. Wis.	10	197,50	G
Voigtl. Masch. St.-Akt.	9	183,60	bz G
do. do. Vorz.-A	9	183,00	bz G
Westfäl. Kupfer	6	137,40	bz
Westl. Boden-Ges.	4	126,50	bz G
Wollwaren Merkur	16	228,75	bz G

Obligationen von Industrie-Gesellschaften.

Akt.-Ges. f. Anil. Fabr.	4	105,40	G
do. do. Abg.	4½	103,75	G
Allgem. Elektr.-Ges.	4	101,10	G
do. do.	4	101,90	G
Anhalt Kohlenwerke	4	99,30	G
Berl. Elektr.-Werke	4	101,25	G
do. do. unk. 06	4½	100,00	G
do. do. unk. 08	4½	102,00	bz G
Bismarckhütte	4½	102,40	G
Braunschw. Kohlen	4½	—	—
Buderus Eisenwerke	4	101,60	G
Burbach Gewerksch.	5	103,90	G
Charlott. Wasserw.	4	—	—
Continentale do.	4½	102,75	bz
Dannenbaum	4	100,50	G
Dessauer Gas	4½	106,50	bz
do. 1892	4½	106,50	bz
do. 1898	4	103,70	bz B
Deutsch-Atl. Tel.-Ges.	4	101,00	bz
Dtsch. Bierbrauerei	4½	103,40	B
do. Kabelwerke	4½	104,100	G
Donnersmarckhütte	4½	96,75	G
Dortmund. Union	5	—	—
do. do.	5	103,300	G
do. do.	4	99,75	bz
Elektr. Lief.-Ges.	4½	105,100	G
do. Licht-u. Kraft	4½	104,30	bz
do. do. unk. 10	4½	105,70	G
Gelsenkirch. Bergw.	4½	101,400	G
Georg-Mar. Bergw.	4½	—	—
do. do.	4	100,75	bz
Ges. f. Elektr. Untern.	4	—	—
do. do.	4½	103,20	bz
Gewerksch. D. Kaiser	4	99,900	G
do. unk. 10	4	100,750	G

Leipziger Börse,

19. Januar 1905.

Deutsche Fonds.

Sächs. St.-Anl. v. 1855	3	93,750	G
do. do. 1852-68 cv.	3½	100,100	G
Altenb. Stadt-Anl. v. 1899, 1. u. II	4	104,750	G
Chemnitz. St.-Anl. 89	3½	99,500	G
do. do. 1902 unk. 07	3½	99,500	G
do. do. 1874 conv.	3½	99,500	G
do. do. 1879 conv.	3½	99,50	B
Dresd. St.-A. 1900 abg.	3½	99,500	G
do. do. 1906	4	103,500	G
Gera. do. v.